

Bürokratie abbauen

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

Auf einen Blick

Seit vielen Jahren sehen die bayerischen Unternehmen den Bürokratieabbau als dringliche und wichtige Aufgabe der Politik auf Landes- wie auf Bundesebene an. Problematisch sind vor allem umfangreiche Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten sowie aufwendige Behördengänge, was insbesondere kleinere und mittelgroße Unternehmen (KMU) belastet. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf für die zukünftige Staatsregierung.

Die im Februar 2017 erfolgte Berufung eines Beauftragten für Bürokratieabbau begrüßt die bayerische Wirtschaft ebenso wie die Einführung der Paragraphenbremse zur Reduzierung von Stammnormen auf Landesebene.

Um den Bürokratieabbau weiter voranzutreiben, sollte die bayerische Landespolitik zudem:

- E-Government-Angebote ausbauen
- Bürokratie-Praxis-Check einführen
- Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen
- Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung durch konkrete Zielvorgaben erhöhen

E-Government-Angebote ausbauen

Digitale Verwaltungsprozesse werden von den Unternehmen als äußerst wichtig angesehen. Rund drei von vier bayerischen Unternehmen möchten alle Behördengänge online erledigen können. Dies ist aktuell allerdings nur eingeschränkt möglich. Mangelnde Kommunikation gegenüber den Nutzern, unzureichende Koordination zwischen den föderalen Ebenen sowie geringe Anwenderfreundlichkeit verhindern eine medienbruchfreie Nutzung von digitalen Verwaltungsleistungen. Zudem verursachen inkompatible Insellösungen zusätzliche Kosten.

Angesichts von 130 Behördenkontakten, die Unternehmen durchschnittlich pro Jahr haben, besitzt die verstärkte Digitalisierung erhebliches Entlastungspotenzial. Dies zeigt zum Beispiel die Umstellung auf das elektronische Vergabesystem, welche ein Drittel der Bürokratiekosten eingespart hat. Mit einem bundesweiten Digitalisierungsplan, einheitlichen Verwaltungsangeboten und -verfahren, der Mehrfachnutzung vorhandener Daten und einer höheren Anwenderfreundlichkeit von E-Government-Angeboten könnten die Betriebe im Freistaat enorm entlastet werden. Der Normenkontrollrat geht von Einsparungsmöglichkeiten in Höhe von mehr als sechs Milliarden Euro pro Jahr aus.

Aus Sicht der Wirtschaft ist positiv, dass die aktuelle Bayerische Staatsregierung den Handlungsbedarf erkennt und mit dem Zehn-Punkte-Plan BAYERN DIGITAL II die Verwaltung fit für die Zukunft machen will. Die angestrebte durchgängige digitale Verwaltung sollte jedoch deutlich früher als 2030 erreicht werden. Hierzu wären gezielte Unterstützungsangebote für Kommunen sinnvoll, insbesondere in Form von Fachberatungen und der Bereitstellung einheitlicher Basiskomponenten.

Stimme der Wirtschaft



Derzeit herrscht ein regelrechtes Dickicht von Vorschriften und Dokumentationspflichten. Wir brauchen schlanke digitale Verwaltungsv Verfahren und praxistaugliche Vorschriften.

Michael Möschel, Geschäftsführer VA Verkehrsakademie Holding GmbH und Co. KG Kulmbach, Vizepräsident der IHK Oberfranken Bayreuth

Forderungen



- Digitale Verwaltungsangebote ausbauen
- Landesweite Standardisierung vorantreiben
- Anwenderfreundlichkeit erhöhen

72 %

der bayerischen Unternehmer wollen ihre Verwaltungsleistungen mit dem Staat und seinen Ämtern online erledigen können.

Quelle: DIHK-Unternehmensbarometer zur Bundestagswahl; Auswertung bayerische Unternehmen

Bürokratie-Praxis-Check einführen

Praxistauglichkeit von Gesetzen und Verordnungen frühzeitig überprüfen

In Gesetzgebungsprozessen auf Landesebene finden derzeit keine unabhängigen Prüfungen zur praktischen Umsetzbarkeit der Normen im Hinblick auf die Bürokratiebelastungen statt. Selbst neue Gesetze belasten in ihrer Umsetzung Wirtschaft und Verwaltung teils unnötig stark. Angesichts geringerer personeller Kapazitäten sind KMU überproportional von umfangreichen Vorgaben betroffen. Mit einer obligatorischen Prüfung der Praxistauglichkeit von Gesetzen und Verordnungen vor ihrer Einführung könnten unnötige und unverhältnismäßige Belastungen vermieden oder reduziert werden. Ziel muss sein, übermäßige Kosten und bürokratische Hürden bereits vor der Schaffung neuer Regelungen zu erkennen und Vorschläge für bürokratieärmere Lösungen – insbesondere mit Blick auf kleine und mittelgroße Unternehmen – zu erarbeiten. Hierzu sollte auf Landesebene ein unabhängig arbeitendes Expertengremium geschaffen werden, welches in einem schlanken Verfahren neue Gesetze und Verordnungen auf ihre Praxistauglichkeit prüfen sollte. Zugleich sollte dieses Gremium bei Hinweisen aus der Wirtschaft aktiv werden und alternative Verfahrenslösungen entwickeln.

Fachgesetze besser aufeinander abstimmen

Ein wesentlicher Teil der Bürokratiebelastung ist darauf zurückzuführen, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Fachgesetze existiert, die ein und denselben Sachverhalt regeln. So müssen etwa beim Bau von Büroflächen unter anderem Umweltschutzgesetze, Energieeinsparverordnungen, Arbeits- und Brandschutzbestimmungen, Barrierefreiheitsvorgaben, DIN-Vorgaben für Elektroinstallationen und Anordnungen der Baubehörden (wie beispielsweise Stellplätze oder Grünflächen) beachtet werden. Die Vielzahl der Vorgaben führt dazu, dass beispielsweise Genehmigungsverfahren äußerst komplex sind. Insbesondere für KMU ist vieles davon kaum noch nachvollziehbar. Um die Übersichtlichkeit zu erhöhen und Komplexität abzubauen, müssen die verschiedenen, teils konkurrierenden Vorschriften besser aufeinander abgestimmt werden. Falls erforderlich, sollten Ausnahmeregelungen für KMU geschaffen werden, die deren geringeren administrativen Kapazitäten Rechnung tragen.

Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen

Zielvorgaben für Baugenehmigungen einführen

Planungs- und Genehmigungsverfahren kosten die Unternehmen laut IHK-Standortumfragen zu viel Zeit. Gerade während des aktuellen Baubooms und damit verbundener Preissteigerungen müssen Genehmigungen schneller erfolgen, da anderenfalls die Planungssicherheit für den Bauherrn sinkt. Die bayerische Landespolitik sollte daher als Ziel ausgeben, dass Baugenehmigungen in der Regel innerhalb von 40 Tagen vorliegen müssen.

Einheitliches Online-Portal für Bauleitverfahren schaffen

In Bauleitverfahren sind durchschnittlich 20 Träger öffentlicher Belange involviert. Eingebunden sind beispielsweise Bezirksregierungen, Landratsämter, Energieversorger oder die Deutsche Bahn. Mit einem einheitlichen Online-Portal könnten die Verfahren beschleunigt, der Aufwand für alle Beteiligten reduziert und die Transparenz erhöht werden. Die künftige Staatsregierung sollte ein solches Portal schaffen, die Kommunen zur Nutzung des Portals verpflichten und sie im Gegenzug bei der Umstellung der Verfahren finanziell entlasten.

Wirtschaftsfreundlichkeit der Verwaltung durch konkrete Zielvorgaben erhöhen

Die Wirtschaftsfreundlichkeit von Kommunen im Freistaat wird aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung bisher weder einheitlich noch mit konkreten Kriterien bewertet. Mit gezielten Anreizen könnten Kommunen ermuntert werden, sich stärker für eine unternehmensfreundliche Verwaltung einzusetzen. Ein mögliches Instrument stellt dabei das RAL-Gütezeichen „Wirtschaftsfreundliche Kommune“ dar, mit dem Städte und Landkreise im Standortwettbewerb punkten können. Das Gütezeichen basiert auf messbaren Kriterien wie der Bearbeitungsfrist von Baugenehmigungen innerhalb von 40 Tagen, der Nennung eines zuständigen Ansprechpartners innerhalb von drei Tagen oder regelmäßigen Umfragen zur Kundenzufriedenheit. Aktuell wird dieses Gütezeichen nur von wenigen Kommunen im Freistaat angestrebt. Die künftige Staatsregierung sollte die Bewertung von kommunalen, regionalen und landesrechtlichen Verwaltungsleistungen anhand von konkreten Kriterien vorantreiben. Ein ergänzendes eigenes bayerisches Gütezeichen könnte der kleinteiligen Kommunalstruktur wie den Verwaltungsgemeinschaften oder kleinen kreisangehörigen Gemeinden Rechnung tragen.

Ansprechpartnerin:

Babette Walther ☎ 089 5116-0 @ walther@muenchen.ihk.de

Forderungen



- Praxistauglichkeit von Gesetzen und Verordnungen im Vorfeld prüfen
- Unabhängig arbeitendes Bürokratie-Kontrollgremium schaffen
- Fachgesetze besser aufeinander abstimmen

Forderungen



- Baugenehmigungen binnen 40 Tagen anstreben
- Einheitliches Online-Portal für Bauleitplanverfahren entwickeln

Forderungen



- Verwaltungsleistung anhand von Kriterien bewerten

Verwandte Themen



- Verwaltung digitalisieren
- Gewerbestandorte nicht beschränken



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter
bihk.de/landtagswahl